

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Einheitliche Schulkleidung an Schulen im Lande Bremen

Einheitliche Schulkleidung ist nicht erst seit dem neuerlichen Vorstoß von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Bundesbildungsministerin Annette Schavan im Gespräch und gibt es bereits an zahlreichen Schulen, zum Beispiel in Hamburg und auch an einigen Bremer Schulen. Die Erfahrungen von Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, sowie den Eltern sind positiv.

Einheitliche Schulkleidung kann besondere Schulprobleme wie das „Abziehen von Klamotten“ als Problem von Gewalt an Schulen oder den zunehmenden Markenwahn von Jugendlichen als Problem der sozialen Ausgrenzung mindern und somit zu einer Verbesserung des Schulklimas beitragen. Einheitliche Schulkleidung kann aber auch zur Identitäts- und Profilbildung von Schulen oder einem positiven Wettbewerb zwischen Schulen beitragen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, der Deputation für Bildung bis zum Oktober 2006 einen Bericht über die Möglichkeiten vorzulegen, wie die Schulen im Lande Bremen darin unterstützt werden können, auf freiwilliger Basis eine einheitliche Schulkleidung einzuführen. Der Bericht soll zudem ein Konzept enthalten, das den Schulen, die die Einführung einheitlicher Schulkleidung erwägen, einen Leitfaden an die Hand gibt. Hierbei soll auch darauf geachtet werden, dass die Einführung einheitlicher Schulkleidung sozial verträglich gestaltet wird.

Claas Rohmeyer, Silke Allers, Bernd Ravens,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Ulrike Hövelmann,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD